

A Maximalarbeit

Gründe ~~keiner~~ Notwendigkeit:

Für Arbeiter: einfach Arbeitskraft schonen } Günstige Wirkung
Lange Arbeit ist Raubbau, Diebstahl, } des Verkümers Arbeit
Notwendigkeit freie Zeit

Für Kapitalisten auch: 1° Drängen der Arbeiter; ~~Zufriedenheit~~ Beruhigung

Weshalb dagegen?
1° Produkt vermindert?
2° Arbeit selbständiger?

2° Raubbau im Int. der Klasse verhindern
3° Militärische Tauglichkeit
4° Schmutzkonkurrenz (hier nicht über Norm hinaus)

Maximalarbeit - Normalarbeit -

(Unterschied bei Umzeit) 80

Einige Länder haben ihn. England nicht

Deutschland auch nicht

Haltung der Parteien Lehrreich: Wenn gegen Lyronkapital, dann befürworten sie Maxarbeit

1869 Konservat. schlägt 12 St Maximalarbeit vor

1884 Zentrum fordert Regelus, (11 Stunden 1/3):

Siehe dem Antrag 1867, 1877, 1884-85, 1890.

immer 10 Stunden (58 Woche), Jugend 8 St.

1890 und später: je nach 4 Jahre auf 9 und 8 Stunden herunter
immer abgelehnt

1894 Gewerbeordnung kein allgem. Maxarbeit

Nur sanitäre Maxarbeit § 120 e. Bundesrat befreit

~~Praxis~~ Umzeit des Prinzip - aber es ist anderes Prinzip

(Umz. 83) Praxis: nur 12 Gewerbe unter 127 gefährlichen Arbeit beschränkt

Und wie! Bäckerei 12 (aum. 14)

Gastwirt 24 - 7 Ruhe

(Umz. 83) Ladenpers 24 - 10/11 Ruhe

Blei gewerbe 8 St.

Phosphatmehl 10 "

Steinbrüche 10, Steinhanerei 9 St alles viel zu lang

1896 erste Anw: Bäckerei, sofort grosser Feldzug aller Schanzmacher dagegen -

1897 Debatte über sozialdem. Antrag

Zentrum schlägt 63 St vor; doch prinzip. ablehnen, schwächlich

WH-254 1900-02 Siehe dem Antrag wiederholt

Vor Wahlen Zentrum fordert Maxarbeit 10 St aber nur als Prinzip. Wahlmanöver

Nationalliberalen gegen alle Einschr. Unternehmensfreiheit

Freisinnige. Siehe Richter ABC. S 243

Crüger 1902. WH-257

Invaliden versicherung 81 angelehnt, 88 einbracht, 89 angenommen (185-165
Sozialdem., Centrum
viele Freis., Natlib., Kon.)
Sozialdem. beantragten: Erwerbsunfähigkeit bei $\frac{1}{2}$ Verdienst,
wurde zu $\frac{1}{6}$ bei irgend einer Arbeit ($\frac{1}{6}$ des Ortslohn + $\frac{1}{6}$ des eig. Lohns)

Beiträge: Altersgrenze 60, warteszeit 20 Jahre (- wurde 70 - .. 30 Jahre)

" Reichszuschuss 40 Mk pro Person (war 50 Mk)
durch Einkommensteuer u Provinz

" Reichsvers. anstalt - - - (Landesanstalten)

Konserv. wollten Landarb. ausschließen (viele stimmte gegen Gesetz deshalb)

1899 Neue Vorlage (auch Sozialdem. nahmen an) einige kleine Verbesserungen.

Zentrum und Freisinn versuchte 1896-97 Gesetz wegzukriegen
schrittweise Aufhebung (Richter) Sehe Argumente Liberalismus gegen die
Versicherung

§ 173

Bestimmungen: alle Arbeiter u Gehülfe unter 2000 Mk.; Untern. u Arb. beide die Hälfte
wird durch Marken auf Karten geliebt -
Für Hinterbliebenen wird die Hälfte der gezahlten Beitr. zurück erstattet.

Krankenversicherung

Vor 1883: wenig Kass. Zum Teil angegliedert an Gewerkschaften. Diese sollten Besitz -
wechseln für Arbeiter, auch für Unternehmer

3. Krankenvers. nötig als Grundlage für Unfallversicherung (erste 4 Wochen Entw. defm.)
13 " "
4. Erleichterung der öffentlichen Armenlast

1882-83 Gesetz durchgeführt (Sozdem. Fortschr. u. A. dagegen 26-99)

Ortskassen (Zwang), Betriebskass., freie Hilfskassen -

Freie Hilfskassen keine Zuschuss der Untern., aber völlig frei in Verwaltung.

Beding: gleichviel leisten wie Ortskass.

Wuchsen sofort stark auf 800 000 M. (Unternehmer schickten Arb. hinein)

Dagegen: 1884-85 Pecherliche Schikane: ungenügende Leistung, aufgelöst

Selbst nur langsam (Versorgung, Asylzentren sozialdem. Asylaloren!)

1892 Novelle neue Pflicht für freie Hilfskassen: Verpfl. ärztl. Hilfe (bis dahin vielfach freie Arztw.)
Arztverpflichtung, Leistung anders.

Singer sagte 1892 voraus: dann sozdem. Arb. Meider der Ortskassen

Unfallversicherung

Altes Recht: Haftpflicht: für durch Vorsatz oder Nachlässigkeit ist nur der unmittelbare Urheber verantwortlich -

Für moderne Industrie ungenügend: 1° viele Zurechnungspersonen, Unternehmen selten persönlich
daher Arbeiter selbst zu fragen 2° Ausarbeiten vieler.
3° Natur Arbeit brist Gefahr ohne direkte Schuld des Untern.

Haftpflichtgesetz 1871: (Tabelle, Bergwerke, Steinbrüche, Gruben)

nur wenn Verschulden eines Bevollmächtigten oder Vertreters des Unt. vorliegt.

Das soll bewiesen werden.

Für Arbeiter völlig ungenügend - selten Beweis zu liefern.

Noch dazu Bestimmung Arbeiter können $\frac{2}{3}$ der Versicherungssumme selbst bezahlen, dann dies von Entschädigungssumme abgezogen

Eisenbahnen waren schon immer haftpflichtig ohne Beweis.

Verstärkung der Haftpflicht? Nötig alle Fälle, auch bei eigenem Verschulden, zahlen
sonst endlose Rechtsstreitigkeiten ~

1881/82 liberaler Antrag: Haftpflicht auf Betriebe, für jeden Unfall (außer Vorsatz des Arb.)
und Unternehmer soll sich versichern; also doch Versicherung, aber mit Rechtsweg

Regierung will Unfallversicherung, Reichstagsmehrheit mit Prinzip einverst.

Sozdem. hatte 1879 das schon gefordert. (Rede Bebel)

1884: Verbesserungsvorsch. Bebel etc.: Alle Arbeiter, volle Arbeitsverdienst, keine Krankent.
rasches Verfahren, Arbeiterverbreit. heraussetzen

Grundlage sollte zuerst Rechtsversicherung mit Rechtsauschuss sein 4 wöch. Karenzzeit
(Erste Entwürfe und Fassung) dabei $\frac{2}{3}$ - $\frac{1}{3}$ Kosten geteilt ~
schließlich Form der Berufsgenossenschaftler, mit 13 wöch. Karenzzeit und
kein Beitrag der Arbeiter und des Reiches

1887 ausgedehnt auf Bauarb. und Seeleute

1896/97 neuer Versuch; 1900 neues Gesetz mit einigen kleinen Verbesserun
(4 wöch. Karenzzeit) (territoriale Schiedsgerichte)

(Im 1900 85 Millionen Entschädigung gezahlt)

Günt | Gröhm

Reichsversicherungsordnung

Ziel 1. Vereinheitlichung der 3 Vers; Hinzufügung Hinterbliebenenversicherung

- Große Unterschiede a Umfang Kreis der Versicherten
- b Kostenträger und Stämme im Verwalt.
- c Verwaltung
- d Angliederung an einander

Resultat Nur neben einander 1700 Paragraphen, ohne Vereinheitlichung; alle drei Arten

Widerstand Unternehmer gegen ^{Aufhebung} Streikverbot in Unfallversich. Krankenkassen u. andere Versicherungen bleiben bestehen.
Anträge trotzdem alle abgelehnt - Jede bleibt für sich

a	Krankenvers.	Unfallvers.	Invalidentvers.	Hinterbl.
Kreis d. Pers.	alle Arbeiter Gewerk.	Fabrikarbeiter	alle Lohn besetzenden unter 2000 M.	

Sodann beantragen: alle Lohn besetzenden überall, auch Kleinhandwerker unter 5000 M., abgelehnt
Grund: Unfälle Kleinbetriebe selten

- Anträge: Krankenvers. auf alle unter 5000 M. - abgelehnt
- Unfall: dieselben wie Krankenvers - "
- Inval. auch ohne Lohn besetzenden - "
- " Angest > 5000 - "
- " Hausgewerbetreibende - "

Zieht zu Krankenvers. auch Landwirtschaft, Dienstdiener, Hausgewerbetreibende, unständige Arb. hinzugekommen
(Weshalb nicht alle Lohn besetzenden?)

Unfallvers.: einige Betriebsarten hinzu (Apotheken, Transport etc)
nicht aber das kleine Handwerk.

6 Leistungen Kranken: ärztl. Beh., Heilmittel, Krankenzeld 26 Wochen; biw. Woche u. Sterbezeld
- 1/2 Tagelohn (off bis 50 Pf herunter)

Unfall: bei völliger Erwerbsunf. 2/3 Jahresverdienst.
in Landwirtsch. wird dies behördlich (zu neu) festges. } Durchschn. 165 M

Inval.: Invalidenrente ~~120~~ 200 Wochen
Altersrente 120 Wochen pro Jahr } Wartezit nötig
Durchschn 170 M pro Jahr

Forderungen der Sozialdem.: wie stets bei Einzelversicherungen:

- Krankenzeld = Lohn, vom 1. Tag an, dann 3/4 Lohn = abgelehnt
- Gewerkekrankheit als Betriebsunfälle anerkannt. = abgelehnt
- Unf. { Zahlung fängt sofort an; Grundlohn volle Jahresverdienst; Witwe 1/3 des Jahresverdi. = abgelehnt
- Inval. { noch einige höhere Rentenpläne } abgelehnt
- Maassstab 1/2 Arb. verdienst - ~
- Altersrente vom 65 Jahre an ~
- Ueberverfahren zu Pflicht

Änderung zu Stande gekommen:
Wöchentliches unterst. von 6 auf 8 Wochen.
Sonst alles unbedeutende Kleinigkeiten

c Verwaltung Kranken etwas Selbstverw.: 2/3 Arb. 1/3 Untern; nur allgem. behördl. Kontrolle
formell. Verwaltung genau wie Kosten verteilt
Behörden: Behörde

Unfallvers.: Unternehmer verwalten
Invaliden vers.: 1/2 - 1/2 aber Behörden bestellen Beamtete Vorstandsmitgl., daher Arb. verhetzt
Delegation

Sodann beantragen Krankenk. überall Selbstverwaltung
Unfallvers. 2/3 Unt., 1/3 Arb.: auch Unfallverhütung durch gemischte Ausschüsse
Invaliden demokratisierung der Verwaltung
überall Einfluss der Versicherten auf Rechtsprechung, Arbeitsschlichter

Resultat 202

Nach Feyers, siehe das zuerst vor

Früher oft Vorschläge: Arbeiter 1/2 Zahl, 1/2 Mitglieder -
Formell bleibt alle Grundsatz; dadurch Arb. bleibe 1/3 bezahlt, doch entschled

In Wirklichkeit Selbstverwaltungsrecht genommen:

1° beide Verwaltungen stamm getrennt, in beide Abg. für Maannat.
Sind sie unein; dann entscheidet Behörde

Dies bei Wahl Vorsitzend, Anstellers, Kassenbeamte ²⁾ Aufstell, Dienordn.
und Erweibern, der Leistungen über das Minimum -

2° Anstellte die ihre „dienstliche Stellung oder ihre Dienstgeschäfte“
zu einer religiösen oder politischen Betätigung „missbrauchen“
sind bei Wiederhol, sofort zu entlassen - ³⁾

Damit Ladern: immerfort gefährdet -

Bei Unfallvers.: neu: Vertreter der Versicherten sind für Berats, der Unfallverhüt.,
alljährl. zu Sitzn. zu berufen -

4) Bei Invaliden: Beamten vom m. d. dürfen andre nicht majorisieren

1) Uelheit der Krankenkassen bleibt bestehen (um Truup u Betriebskassen nicht
amulasten)

nur Bankkassen f. alle wes.

Freie Hilfskassen könne noch als „Ersatzkassen“ bestehen bleibe, keine neue gegründet
oder erweitert -
schlechter gestellt: (keine Beitr. der Untern; diese bezahlen am Zwangs kassen
und zw. gibt für best. Fälle 1/5 an die Ersatzkassen)

Für alle Kassen (ausgen Truup) soll Minimum anzahl Mitglieder erforderlich sein:

Regierung schl. vor 500, für Ersatzkassen 1000
Reichstag lies zu: Orts u Landkrk 250, Betriebskr. 150, Landw Betrkr. 50.
(für 2 Monate vorhand. !)

2) And. Beamte: zuerst noch versucht mit mehr als 2/3 Maj. einen wähl.
dann hat Behörde zu best. d. diese, wenn die

„Zuverlässigkeit“, besonts für unparteiische Wahrnehm. seiner Dienstgeschäfte fehlt

3) Wenn Vord. nicht eingreift, kann Aufsichtsbehörde dazu zuzwängen

Dazu auch: im Einführungsgesetz werde alle Vertragsmäßige Sicherungen von
Stelln. und Gehalt der bisherigen Beamten einfach aufgehoben!

Verwaltung wird teurer werden mit diesen aufgeswungenen Beamten

4) Verschleudern: Ueberschreiten Kosten für Heilverfahren 7%, dann Voranschlag
zu genehmigen; Behörde soll diese Genehmigung versagen, wenn dadurch
Leistungsfähigkeit überschritten (in 1ter Lesung). Aber Feyers erklärte
schon, über 7% werde diese überschritten!

Versicherungsbehörden nicht besondere, denn dabei soziale Fürsorge geistl. möglich.
sondern an Polizei geknüpft - (Nur in Hamburg, besond. Behörde)

Hinterbliebenen versicherung nun eingeführt

(1902 Wittwen u Waisen unterstütz. vorgesehen; Geld aus Zölle nicht da,
durch Einfuhr scheine gefressen -)

56 Mill. Jetzt Versicherung eingeführt: aber aus Versicherungsbeiträge der Arbeiter selbst, mit
Reichszuschuss

Leistn.: nur invalide Wittwen (bis 1/3 des ortsüb. Tagelohns) erhalten

20 Pf. pro Tag (wenn 20 Jahre bezahlt): Kinder 10, 9, 8 Pfennig.

Bis 1917-1924 noch weniger

Dafür Zurückersatz der halben Beiträge an Wittwen der Versicherten Gesetz!
Also kärzliche Armenunterstütz.!

Entwurf Berufsvereine 1906.

Posadowsky: Unterschied machen, die staatsverhaltende Arbeiter-schützen u stärken, die Arbeiter-dahin beschränken, wobei Träume nicht fallen lassen, sich auf die sachliche Vertretung ihrer berechtig. Berufsintr. beschränken

! 1 Jahr lang zuvor in allen preussischen Provinzen vorbereitet -

nicht verpflichtet!

Recht der juristischen Person: Vermögen erwerben, klagen und verklagt werden -

Beschr: Nur Beruf angeh. dürfen Mitglieder sein: Berufswechsel hinaus (also Beamte etc.) dürfen nur die Wahr- u Forderungen der mit dem Beruf unmittelbar in Bezieh. steh. gewerkl. Interessen (keine Erörterung allgemeiner Arbeiterinteressen) (keine Unterst. anderer Gewerkschaften) (keine Ausgaben mit andere Gewerksch. zusammen für gemein. Zwecke)

Wenn dagegen geründet, Pachtfähigkeit entgegen Das auch, wenn stark herbeigeführt oder gefördert, die Sicherheit des Reiches, Störung Vers. Werten u Beleuchtung oder gemein. Gefahr für Leben u Gesundheit verursacht.

Diese Entsch. = fast Auflösung Vereinsvermögen kann dann von Polizei beschlagnahmt werden.

Vermögen für ein Jahr enteignet, fällt ~~es~~ Fiskus zu: erst nach 1 Jahr ausgeliefert (best. Person nach Latenz oder sonst) also für 1 Jahr unwirksam gemacht -

Jede Extrabeitrag statutenmäßig erst nach 6 Wochen nach Annahme in Kraft - Vorwahr, und jedes Mitglied kann zu jeder Zeit Abschrift der Mitgliederliste fordern

! Schadenersatz leisten für Schaden, den sie Dritten zufügen (oder Verhäter, Beamte)

Bei erster Beratung. Kom. dahin - Freie, trotz Kritik aber auch viel gutes! Durch Auflösung des Reichstags vorläufig beseitigt

Vereinsrecht soll durch Reichsgesetz geregelt -

aber 30 Jahre lang unerledigt - alle rücht Landesbest. bleiben bestehen

- Nach vielen recht. Versuchen 1899 Verbindungsverbot aufgehoben durch Reichsgesetz
- Versammlung an Genehmigung gebunden; im Voraus wegen Gefahr der öff. Sich. verboten.
- Sachsen. Verbot für Abminderer an polit. Vers. teilnehm.
- dahinter praktische Vers. unter freiem Himmel unmöglich
- Preussen. Verbot für Frauen, an pol. Vereine und Vers. teilnehm.

1878 so dem Antrag über Vereinsrecht. - nicht mehr behandelt

(Alle binn. Recht, ohne Annahme oder Genehmigung - Versammlung in Luft oder freiem Himmel. Alle Einzelgesetze aufgehoben)

1893-94 so dem Antrag 5 § - 1895 abgelehnt

1895 aus Anlass Posen gen. Parteileute neuer Antrag Auer 1 §.

Kommissionsberatung - Komm. Entwurf 10 §.

trotzdem Ueberwacht, blieb u Auflösungsbezugnis, größerer Fortschritt nur Anwesenpflicht, Vereine nur Satzungsmenschen -

Aber Natl. u Zentrum fühlten um; 3^{te} Lesung nur Notgesetz: ~~es~~ Verbindungsverbot aufgehoben

1896 versprach Regierung dies, aber sollte mittels Einzelstaaten geschehen.

1897 in Preussen dies zugleich mit vieler Verachtlung. - also drücker.

Darauf Reichstag aufs Neue mit großer Majorität dasselbe gefordert.

1899 endlich von Regierung erfüllt (brauchte gut Wetter für Flottenvorlage)

Koalitionsrecht, Vereins u. Vers.-recht

1869 Gewerbeordnung: §152 Alle Verbote u. Strafbest. gegen Gewerbetz., Gehülfe, Gesellen oder Fabrikarb. wegen Verabredung und Vereinig. zum Besuche der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einschleßs der Arbeit oder Einlassens der Arbeiter, werden aufgehoben.

In der Praxis: Landesgesetzgebung über Vereine
Gerichte erklären Zul der Gewerksch für „öff. Anzeig“, unterdehft also Landesgesetzgeb.
Gerichte erklären sie für polit. Vereine, bis 1899 verboten in Verbind. treten
Polizei löst sie auf -
Einreichs Mitglieder listen - kommen an Unternehmer.
Großer Unfug; Nötigung, Erpressung auf Strah u. Strahposten angew.
Schwarze Listen, Unternehmen gegen Koalitionsrecht -

Ganze Geschichte ist Ringen der Arb.org. um Ellbayerfreiheit

Ihr Recht ist Faustrecht

Allmählich durch Erstarken weniger schädlich, ^{Behörden} müssen widerwillig zurückhalten.

* §153. Wer antra durch körperl. Zwang, Drohungen, Ehrverletzung, oder Verunpöbelung, zummt Teilnahme an solcher Verabredung, oder Töse leisten, oder verhindert zurückzutreten wird bestraft bis 3 Mon., oder mehr.

Seit 1873 Arbeitgeberbeschwerden wegen „Missbrauch“

Regierung schloß 1874 Änderung vor §153 hinzu: „oder durch andere Mittel, welche einen Willenszwang ausüben geeignet sind“ und bis 6 Monate Reichstag lehnte ab ~

Sozialistengesetz: Bismarck erklärte, nicht gegen Gewerksch.

Tatsachen gerade Gegenteil, alle Gewerksch., ungs Buchdr., verboten Gewerksch. leben hörte vollst. auf.

81. Locherer 83-85 Strauß

86 Puttkammer u. Strakerlam (jede Strauß Hydra Rev.)

1891 bei Gewerbeordng.-Beratung neue §153 verschärft: wer Arbeiter durch diese Mittel zur Einschleßs der Arbeit zu bestimmen sucht“ 1 Mon. - 1 Jahr gewöhnlichem.

Lizenzantrag, nachdem: (Sch. 745) abgelehnt

aber Reg. Paragraph 142 - 78 (Kons. Natlib.) abgelehnt

Scharfmacher wollen ganze Gesetz daran scheitern lassen, Reg. weigert das

Agitation Zentralverb D. Ind. Einzahl

Kaiserrede Bielefeld, Oeynhauser 1897-98

Zuchthaus vorlage: Straßposten verbote, Zuchthaus falls Gefährd. der Sicherheit, oder Leben für ^{Überschuldung} oder Eigentum ~

WH 207 Sch 748

andalt §153

Technisch und lib. Arb. aufgestellt Alle Parteien dazw. oder lau dafür -

(nur behandelt weil Kaiser sie angelehnt, als Freund der Scharfmacher)

Natlib. Mehrh., Zentrum scharf dagegen; Vorberdng. ungeschickt ~

Seit dem 1899-1900 Lizenzantrag, bei Gewerbe novelle behandelt, sollte Koal. fr. der Gewerksch von allen bürg. Parteien abgelehnt völl. sicherstelle

Einzelstaaten oft gesetzgeb gegen Straßpostenliste - vom Reichsger. ungültig erklärt / Revision
Aber Polizeilich Straßposten verhindert 1901 Debatte in Bremen ^{Polizei} abgelehnt -

[1900. Gesetz Braufucht. Versicherungsuntern. ist durch Sozialdem. in §1. die Bestimmung hineingebracht, das Unentvereine ohne Rechtsanspruch dem Gesetz nicht unterliegen]

Also: Koal.-recht in Theorie - in Praxis Ausübung bestraft; §153 Ausm ges. geg. Arbeiter
Fehlt für Bediente, ländl. Arb., Staatsarbeiter -

Versuche ~~berufliche~~ Berufsvereine gesetzlich regeln:

Dabei als einzutragener Verein Rechte; dabei mit Vermögen haftbar -
aber bei best. Handlung aufgelöst, konfiszirt.

Verfassung

Deutsche Reich ist Bundesstaat. v 25 kl. Staaten.

Art 2. Reich übt Gesetzgebung ~~aus~~ nach Maßgabe der Fnh. d Verf.

Reichsgesetze vor Landesgesetze

Also Einzelstaaten geben Selbstherrlichkeit, Souver. auf. (Art 19)

Teilung der Gesetzgebung § 4 Verfassung

Was bleibt den Einzelstaaten?

Verwaltung; Gemeindekontrolle u. Gesetzgebung; Schulwesen

Armenpflege, Kirchen (Wasserbau, Wegebau) Wohnwesen, Beamten,

Polizei.

Prinzip der Teilung Reichsgesetz alles was für moderne Kapitalist. Wirtschaft

nötig ist:

1. Indigenat & Freizügigkeit, Zoll u. Handelswesen Münz, Waaren, Banken, Erfindungspatent, Schiffahrt, Militarismus, Marine, ^{Tonnen u. Schiffbau} ~~große Schiffbauwesen~~

(Art 3)

Nr 1. 13. 16.

1. Indigenat, Freizügigkeit, Bürgerschaft Bürg. Re. u. Staatrecht, Verwaltungswesen

3. 4. 5. 6. 11-12

2. Münz, Waaren, Papiergeld, Erfindungspatent, Schutz geist. Eig.

4. Post- u. Telegraphie, Urkundenbeglaub.

8. 9.

3 Eisenbahn, Wasserstr. also Verkehr (48 | 42, 44, 47, (46))

7.

5. Ausw. Handel, Schutz im Ausland (54)

14.

6 Militarismus, Marine (Art. 57, 63, 64, 53)

2.

4 Zoll u. Handelspolitik. (33. geord. 35, 38)

Dagegen Einzelstaaten, was eine dementsprechende Freiheit, gültige Entwicklung der Einwohner mit sich bringen würde.

Nur was strikte nötig für Bourgeoisie materielle Interessen, das dem Reich zuzurechnen. Alles andere blieb unter alte Staatsregierung.

Über vor allem Preussen.

Andere Dinge könnten durch Verfassungsänderung herausgezogen.

Aber Art 78 bestimmt.

Keine Verfassungsänderung ist gegen den Widerspruch der preussischen Regierung zulässig. (nl. 14 Stimmen ^{um B. R.} ~~lassen~~ verwerfen sie)

Bundesrat wirkt nicht öffentlich, aber mächtig.

Ist Congress von Regierungsvertretern.

Mit Reichstag zusammen Reichsgesetzgebung.

(also schlägt Gesetze vor, hat schließlich Sanction zu erteilen)

Also Funktion, die anderswo Regierung hat

Dabei auch z.T. Ausführung (z.T hat dies der Kaiser)

(z.B. Arbeiterschutz: ungesunde Betriebe)

In Wirklichkeit herrscht Preussen im Bundesrat
andere Staaten sind Satelliten, wovon P. sich verbrücht
Tatsächlich kein Gesetz vorgelegt ohne Preussens Zustimmung (Fall 1830 Gradnauer 46)
Rechtsbehörden arbeiten sie aus, in Übereinst. mit preuss. Regierung
(Reichskanzler ist preuss. Ministerpräsident)

Empfange recht § 5 { Aber Militär, Marine, Zoll und Besteuerung incl. Konsums (§ 35) } Kriegserklärung mit Genehmigung des Bundesrats.
stehen nicht dem Bundesrat sondern Preussen zu,
solange Preussen bestehende Zust. aufrecht erhalten will

Kriegen können andere nichts gegen Preussen. -

Art 9 gibt jedem Mitgl. Bundesrat das Recht, im Reichstage Erklärung abzugeben
Davon Preussen bisweilen Gebrauch zu Angriffe auf Siedem.

Summe Wirklichkeit der Form ist:

Deutschland annektiert an Preussen zu einem Reich, das wirtsch. Bed. Bourgeoisie erfüllt.
Preussische Regierung herrscht als deutsche Regierung den anderen Reichsteilen ~~ist~~ ist besondere Verwaltung und ~~ist~~ partikularistische Trödel gelassen (Reservatrechte)
Dafür Preussen eigene Verwaltung ausserhalb Reichseinfluss.

Zweite Sicherung dieses Verhältnisses ist der Kaiser

Form Kein monarchische Obergewalt, sondern Vorsitzender des Bundes
„im Namen der verbündeten Regierungen“

Hat in der Gesetzgebung selbst keine Stimme (nur Bundesrat, Reichstag)

Wesen Aber. identisch mit König v. Preussen

Durch Preussen massgeb. Einfluss auf Gesetzgebung

Hat Auswärtige Politik in seinen Händen

(Kriege, Bündnisse, Verträge)

nur Bundesrat bei Kriegserklärung Zust.

Reichstag und „ bei Dinge, die Gesetzgebung betreffen“

Andere Staaten durch Auslandskommission informiert

Hat Armee und Flotte in seinen Händen, ganze Militärgevalt

Hat Recht Kriegszustand zu verkünden

Hat vollziehende Gewalt für Reichsgesetzgebung

Art 17 - ernennet Beamte

Dadurch Preussen neue massgebende Stellung.

Dilemma

Darüber später mehr
imperial hier
oper. preussische oder
ally deutsche Interessen
massgebend sind.

Drittens durch Reichskamler Vorsitzender Bundesrat, vom Kaiser ernannt Art 45
Er ist der verantwortliche Minister Art 17

der alle Verordn. des Kaisers zeichnen muss für Gültigkeit
Haupt aller Beamten; teilweise durch Staatssekretäre ergänzt
Praktisch immer preussischer Ministerpräsident

Reichstag ist die Vollvertretung für das Reich
Ist zugleich Vertreter der deutschen Einheit Art 29
~~Stamm~~ Preusse wählt in Sachsen, wenn dort wohnhaft.

Daher das modernste Stück Verfassung

A 1. Gesetzgebende Körperschaft

- a. Initiativrecht Art 23.
- b. Amendementrecht. Nichtausgespr. Selbstverständlich
- c. Etatgesetz Art 69. sagt Ausg. sind Gesetz
Anleihen Art 73 sind auch Gesetze

2. Weitere Kontrolle

- a. Durch Etatgesetz Kontrolle
- b. Art 72. Reichskamler legt jährlich Rechnung ab.
- c. Interpellationsrecht nicht klar umschrieben
- d. Kein Enquete recht ~~unter~~ Vorbeigehen an Regierung.

Hier ist also parlam. Einfluss der Bourgeoisie ausgesprochen

Etatbewilligung = Grundmittel.

Darin Möglichkeit, Regierung zu zwingen.

67 Gradnauer
wichtig hier.

~~Wichtig~~ Mühenkampf darüber, was bei Budgetablehnung

Reichstag aufgelöst; kehrt derselbe wieder, was dann?

Preussische Staatsprof. sagen: dann muss Regierung trotzdem ausgehen

In konstitution. Ländern tritt Regierung zurück.

Daraus ergibt sich: Deutschland nicht ~~konstitut~~ parlamentarisch regiert

Parlament regiert nicht.

~~Wichtig~~ Wichtig

Es fehlt Hinweis, dass Steuern nur nach gesetzl. Etat verpflichtet sind

~~Wichtig~~ abschließl. Parlamentarmacht beschränkt

idea: weil in preuss. Verf. ausdr. steht
Steuern werden wieder erhoben
soll Reichsoberf. eine gewisse
demokr. Fortschritt sein!

Wirkliche Machtverhältnisse entscheiden.

(Siehe Nachher Verfassungskonflikt 1907)

B. Reichstagswahlrecht

Allgemein (gleich) öffentlich, direkt

Bedeutung allgemeines Wahlrecht Werhalb eingeführt?

von Bismarck mit Absicht gegen Bourgeoisie, um Masse für seine Revol. von oben zu gewinnen

Resultat: in der Tat modernste Form der Bourgeois Herrschaft

Sichert Herrsch. der wichtigsten Klasse, daher fortschrittlich

Im Turnmalplate widerspricht Interessen kann jede (zur Geltung kommen)

Das allg. RW. hat Deutschland vor innere revol. Ungep. bewahrt

Verschiebt sich allmählich zu Gunsten emporkommene Klasse

Aber das will herrsch Kl. nicht Daher

Wir wollen solche Entwicklung ohne Erschütterung

Echte Art Verfassungskampf von Empl.-Proletariat

1° Wahlkreise unverändert gelasse. Verfassung sagt nichts; geht

festen Anzahl Art 20: (zu 397) ^{das zum Gesetz, das 5 ND Bundeswahlges. vorgeordnet ist, kommen} Bayer 48. Würt 17. Baden 14. Hess 7. 6. } 397

Blz 114 Allen Gesetz ND Bism 1869 sagt: Preussen 235 erw.

aber voran 1 pro 100 000; demnach beträgt "nun

Art 5 "Eine Vermehrung ... durch das Gesetz bestimmt"

Verfassungsrechtlich wäre es also notwendig; Neueinteilung ^{Wir leben immer unter Privilegium}

Wegen Machtzunachs der Arbeiter wird es absichtlich unterlassen

2° Versuche und Androhungen mit Staatsreich ^(Aufhebung RW-und)

~~das~~ Staatsreich als gesetzwidrige Gewalttat nicht nötig

Denn gesetzlich durch Verfassungsänderung wäre aufzuheben

Aber tatsächlich Staatsreich, weil Entrecht. Volksmasse

so gewaltige Verschiebung der Macht, dass dies = Umsturz

Plan Bismarck ...

Freundschaft-Konservativ gegen allg. RW.

Aussprüche der Wahlrechtsfeinde.

Nationallib. Führmann zur Wahl Transf.-Leber

24. April Verfassungsstreit um Parlamentarismus und Konstitutionalismus

Wäre Sache der Bourgeoisie:

Auch Proletariat daran höchstes Interesse } 1908

Wie haben bürgerl. Parteien dabei gehandelt, wie Sozialdem?

Konflikte 1908

Anlass: Kaiserinterview Daily Telegraph

Hauptinhalt: Bezeugt persönl. Freundschaft für England,

aber Masse des Volkes seien feindlich [dadurch also engl. Führung gerechtf.]

2. Erkl. Vorschlag Ruml-Frankr. gegen England habe er England verraten, und abgelehnt

3. Erkl. er habe Feldzugsplan ausgearbeitet.

A Allgemeine Verstimmung unter der Bourgeoisie

~~Proletariat beachtet diese Interviews nicht, es übertrifft sie~~

Weshalb wegen der Unfähigkeit, die hier zu Tage trat

a. Diplomatisch grenzenlos dumm

Darüber Aerger der Bourgeoisie

Denn ihr Ansehen im Ausland nicht bloss von Macht, sondern

auch von Fähigkeit, womit sie angewandt

Verrat des geheimen Vorschlags nicht schlimmer (denn

Ehre und Treue gilt in der Dipl. nicht) sondern offen herauszusagen.

b. Dazu: die Liebesdienste gegen England im Burenkrieg.

Gegensatz Engl-Deutsche Imperialismus

Möglichst. Buren Afrika näher an Deutschl, jetzt Machtzunahme des engl. Weltreiches.

Daher voran und am schärfsten Rheinisch-Westf. Zeitung

Zeitung

lebt von F. Lottenrückungen

Masse der Bowry: Empf. Basissermum

Hertling partikul. südd. Int.

Zimmer vorsichtl.

Hier B

Resultat: Kaiser soll sich Zurückhaltung auflegen

Jammern über monarch. Prinzip gefährdet

Wollen aber keine Systemänderung

(Rhein-Westf. Zg. über Person Wilhelms) 590

Sogar Freisinn nicht: Schwader 575

Alte Versuche und Streitigk.

1. Bei Festst. Verfassung Vorschlag nur allgemein u direkt
Rechnung selbst heißt "geheim" hinaus. Welche Parteien? --

2. 1880-81 Bundesrat legt Gesetz vor der 2. Stat und 4. Leg. per.

D. Sordern
1. D. R.
p. 395
Rat. lehnt erste ab, beschloss, jedes Jahr müsse sie abt. zus. berufen werden.
(Darauf wahren. zurück gezogen)

3. 1885 Kans. Antrag, Legisl. per. verlängert - abgelehnt

4. 1887. neuer Antrag, von 3 auf 5 Jahre verlängert -

Durch konserv.-nationallib. Mehrheit angenommen 1888.

B Sozialdemokratie : Proletariat brauchten dieses Interview nicht
um den Schaden des persönl. Regiments zu sehen.
Gründe: Volksschicksal nur ~~aus~~ vom Volk bestimmt

Vor allem Kreuz u. Treiben von Laune oder Dummheit einer Person abh.;
Früher allein gegen alle bürgerl. Parteien.
Jetzt jedem offenkundig, dass unhaltbar. Da sieht ihr es. -
Davon Gebrauch machen: ^{wissen} Einbringen, Vorschlag Reichskameraler verantw.
(Gradnauer S 140-142)
Zugleich Geschäftsordnung, Interpellationen.

Halte andre Parteien: sie wollen nicht
können; zwar nicht offen sagen, daher Kommission

Schicksale in dieser Kommission

Gründe: ~~Wegen~~ nicht über Feigheit der bürgerl. Parteien zu reden.
Hier tiefere Grund:

Feigheit nur soweit sie über Programme reden, worin von
Volkswahlen usw. Rede ist.

Tatsache: verteidigen Interessen, die zu dem Interesse der
Volksmasse im Widerspr. stehen. Suchen dennoch diese
Masse durch Schein von Opposition zu tödern.

Daher wirtsch. Struktur der deutschen Gesellschaft betrachte

Politische Uebersicht.

Ein Possenspiel.

Die Szene, die sich augenblicklich im Lager der nationalliberalen Partei abspielt, ruft nach einem Satiriker. Selten noch haben die Gegenjäger, die in dieser Partei der unbegrenzten Widersprüche vorhanden sind, in so grotesker Form sich geäußert.

Hält da der konservative Reichstagsabgeordnete, der zugleich Reichstagspräsident ist, Graf Schwerin-Löwisch in Anklam eine Rede, in der er unter anderem den Nationalliberalen vorwirft, sie verlangten eine parlamentarische Regierung. Zunächst regte sich über diese „Anklage“ niemand auf; beruhte doch die einstige Existenzberechtigung der nationalliberalen Partei gerade darauf, daß sie einst versuchte, die schmachliche Verfassung des Deutschen Reiches, oder wie der nationalliberale Abgeordnete Miquel einst sagte, diese armselige Verlegenheitsverfassung eines kurzlebigen Militärstaats in parlamentarischen Sinne auszubauen, und die Verhandlungen, die Bismarck 1877 mit dem Kaiser über seinen Eintritt ins Ministerium pflog, bedeuteten nichts anderes als einen Versuch, zum parlamentarischen System überzugehen. Freilich: die heutige nationalliberale Partei hat auf diese Versuche längst verzichtet, heute ist sie nichts anderes, als eine Partei des Fortwurzels. Prinzipielle Politik mit irgendeinem Ziel, ja auch nur einer Idee, ist ihr unbekannt. Man konnte daher das Schweigen der nationalliberalen Presse in dem Sinne deuten, daß man sich den Vorwurf, den Parlamentarismus anzustreben, recht gern gefallen lasse, ferner mit diesem liberalen Prunkmantel sich sehr gut die Schamhaftigkeit der heutigen nationalliberalen Partei bedecken lasse.

Aber weit gefehlt. Jetzt, drei Wochen nach der Anklamer Rede, bricht das offizielle Organ der Partei, die Nationalliberale Korrespondenz, plötzlich los:

Wir bedauern diese Entgleisung um so mehr, als dem Grafen Schwerin-Löwisch bisher auch das Vertrauen der nationalliberalen Partei gehörte. Es ist ein Mißbrauch dieses Vertrauens, wenn Graf Schwerin sich gegenüber dieser Partei zu Anschuldigungen bereithalten läßt, deren völlige Haltlosigkeit er schon bei der Anwendung eines nur geringen Maßes von Sorgfalt selbst erkannt haben würde. Wo in aller Welt und wann hat die nationalliberale Partei an Stelle des konstitutionellen das parlamentarische Regierungssystem gefordert? Graf Schwerin wird es seinem eigenen Ansehen schuldig sein, für diese Behauptung, die mit der Wahrheit in schroffem Widerspruch steht, auch den Nachweis zu führen.

Von der Geschichte seiner Partei scheint der brave Redakteur der Nationalliberalen Korrespondenz wenig Kenntnis zu besitzen, um so mehr aber von dem wirklichen Charakter der heutigen Partei. Indem das offizielle Organ der Partei es als eine himmelschreiende Beleidigung der Nationalliberalen bezeichnet, was ihr einstiger Ruhmesittel war, so erkennt er selber an, daß die Nationalliberalen von heute mit denen von früher nur noch den Namen gemein haben. Man begreift daher das Entsetzen, das die nationalliberale Tagespresse ob dieser ungeschickten Offenheit des offiziellen Parteiorgans erfaßt hat. Das Leipziger Tageblatt donnert anderthalb Spalten über die „erschreckende Unkenntnis der Parteigeschichte“, die „seltsamen Entgleisungen der Korrespondenz-Redaktion“, die „nicht im entferntesten ihren Aufgaben gewachsen ist“. Die Kreuzzeitung dagegen reißt sich vergnügt die Hände und glaubt als Beweis dafür, daß auch heute noch die Nationalliberalen die Parlements herrschaft anstreben, sich auf die Haltung des Herrn Jund, des Abgeordneten von Leipzig, berufen zu können. Da müssen wir nun freilich Herrn Jund in Schutz nehmen. Was er in der Geschäftsordnungsdebatte tat, die im Anschluß an die Novemberdebatten des Jahres 1908 eingeleitet wurde, das war echte nationalliberale Schaumjähgerei, und die Kreuzzeitung ist es ja gewesen, die uns damals verriet, daß die liberalen Herren Jund und Müller-Meinigen heimlich zu Herrn Bülow schlüpfen, um sich bei ihm Rat zu holen, wie weit man mit der Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags gehen dürfe, ohne dem Herrn Reichstanzler zu mißfallen. Herr Jund hat sich denn auch genau nach den Wünschen des Herrn Bülow gerichtet. Das Auftreten Junds in der Kommission stand also in voller Uebereinstimmung mit der Haltung der Nationalliberalen Korrespondenz. Wir glauben Herrn Jund gut zu kennen und wir zweifeln keinen Augenblick, daß er die Behauptung, er habe damals das parlamentarische Regime angestrebt, als eine grobe Beleidigung und nichtswürdige Verdächtigung seiner staatserkaltenden Gesinnung zurückweisen würde.

Wenn schließlich noch die dänische Grenze geöffnet werden sollte, dann wird der Patriotismus der Agrarier auf den Gefrierpunkt sinken und die Triarier S. M. werden dann wahrhaftig wieder den Gedanken erwägen, ob es nicht angebracht wäre, in das Lager der Sozialdemokratie überzugehen.

Die konservative Fraktion des Reichstags beabsichtigt angeblich eine Interpellation einzubringen, in der gefragt werden soll, ob die Regierung Maßregeln getroffen habe, durch die bei der in einzelnen Bundesstaaten erfolgten Oeffnung der Grenzen für ausländisches Vieh die Interessen der deutschen Viehbesitzer gegen Seuchengefahr geschützt werden. Notwendiger wäre zurzeit, da besonders in Sachen die Klauenseuche grassiert, eine Interpellation, wie das Ausland vor der Anstiedung durch deutsches Vieh geschützt werden kann. Im preußischen Landesökonomiekollegium, dessen ständige Kommission am Freitag tagte, bezeichnete es der Landwirtschaftsminister als durchaus unzutreffend, daß er im Staatsministerium sich dafür ausgesprochen habe, die Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr in erweitertem Umfang zu öffnen. Das ist dem Herrn v. Schorlemer aufs Wort zu glauben. Es wäre in der Tat eine ganz neue Erscheinung, daß ein preußischer Minister das Volksinteresse dem Junkerinteresse vorangestellt hätte.

Inzwischen mehren sich die Stimmen lawinenartig, die ein entschiedenes Vorgehen der Regierung gegen die Fleischnot fordern. Die Zentralstelle des Deutschen Städtetages betont in der jetzt im Druck vorliegenden Eingabe an den Reichstanzler, daß die wiederholten Vorstellungen der Stadtverwaltungen in der Frage der Fleischnot bisher völlig unberücksichtigt geblieben sind, und stellt ferner fest, daß im Laufe des letzten Sommers die Rind- und Kalbfleischpreise weiter und geradezu sprunghaft gestiegen sind. Auch habe das Steigen der Preise neuerdings auf die seit 1905 bereits übermäßig hohen Schweinefleischpreise übergriffen. Der Grund hierfür wird ebenso wie in Regierungskreisen in dem bedenklichen Rückgang des Viehautriebs gesehen. Auf ein Zurückgehen der überhöhten Preise sei ohne besondere Maßregeln nicht zu rechnen. Es wird dann die Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh und von Fleisch aus dem Auslande gefordert. Ferner wird darauf hingewiesen, daß bei einer Oeffnung der Grenzen in einer Reihe von Staaten eine vermehrte Viehjudt einsehen würde. Erleichterungen der Einfuhr von frischem oder gerorenem Fleisch seien möglich, ohne Aenderung der Reichsgefesgebung. Am Schluß heißt es: „Wir bitten im Interesse der so viele Millionen umfassenden Bevölkerung dringend, die vorgeschlagenen Maßnahmen auf das schnellste zu ergreifen.“

Auch der deutsch-argentinische Zentralverband zur Förderung wirtschaftlicher Interessen hat an den Reichstag eine Eingabe um Zulassung der Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches nach Deutschland gerichtet. Auf der Tagung des Bundes der Viehhändler Deutschlands teilte der Vorsitzende mit, daß der Bund, der bisher die Grenzsperrre vertrat, seine Anschauung revidiert habe und unter den derzeitigen Verhältnissen für die Oeffnung der Landesgrenzen eintrete, da die inländische Viehproduktion nicht mehr ausreichend ersehe.

Auf Antrag der Sozialdemokraten in Süddeutschland hat der heutige Bürgermeister der Reichsstadt die Fleischzufuhr aus dem Auslande nachgelehrt. Die Erlaubnis zur Einfuhr französischer Rinder und Schweine ist von der hessischen Regierung daraufhin sofort erteilt worden.

Dreist und gottesfürchtig.

Unseren Lesern ist das Charakterbild des Herrn Dr. Fritz Stephan Neumann, dieser prächtigen Blüte am Baume der deutschen liberalen Journalistik, zur Genüge bekannt, es wäre deshalb ein höchst nutzloses Beginnen, wenn wir uns mit diesem Herrn mehr beschäftigen wollten, als dies die Umstände notgedrungenweise erfordern. Der Redakteur der parteiamtlichen nationalliberalen Korrespondenz und frühere junge Mann des Herrn Rippler von der Täglichen Rundschau sorgt aber durch seine Taten selbst dafür, daß wir uns der gewiß nicht angenehmen Pflicht nicht entziehen können, seiner Person nochmals einige Aufmerksamkeit zu widmen. Bekanntlich hatte kürzlich der Genosse, Reichstagsabgeordneter Eichhorn, den Versuch gemacht, Einblick in das von der Nationalliberalen Korrespondenz veröffentlichte „Material“ über die angebliche Mißwirtschaft in den „sozialdemokratischen“ Krankenkassen zu erhalten, einen Versuch, den die Leitung der erwähnten Korrespondenz unter Vorschüßung fauler Ausreden vereitelte. Daraus richtete der Vorsitzende der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, gewiß die berufene Person hierzu, das folgende Schreiben an die Nationalliberale Korrespondenz:

An die Redaktion der Nationalliberalen Korrespondenz. Berlin W. 9.

In der Nummer vom 4. d. M. bringen Sie in Ihrer geschätzten Zeitung eine Notiz über sozialdemokratische Orts-

zu Nachbarn gegen die Einfuhr benutzt wird“. Sie haben das offenbar übersehen. Wir müssen diese Gewähr eo ipso als nicht vorhanden ansehen bei Mitgliedern der Sozialdemokratie und bei solchen Persönlichkeiten, welche dieser Partei nahe stehen. Im übrigen haben wir nur einen kleinen Teil der uns überlieferten Klagen veröffentlicht, und zwar denjenigen, bei dem die Zuverlässigkeit der Einfuhr und ihrer Angaben zweifelsfrei festgestellt werden konnte.

Ergebnis

gez. Dr. Fritz Stephan Neumann.

Es würde Raumverschwendung sein, wollte man dieses Geschreibsel auf seinen Wert hin noch besonders kennzeichnen, jeder Leser kann sich selbst sein Bild daraus machen. Jedenfalls dürfte aber damit sowohl das „Material“ des ehrenwerten nationalliberalen Organs, wie sein Fabrikant, der noch viel ehrenwertere Herr Dr. Neumann, für anständige Menschen erledigt sein.

Berlin, 19. November. Wie verlautet, ist vom Reichspostamt eine endgültig ablehnende Entscheidung auf die Wünsche nach Wiedereinführung des Ankunftsstempels erfolgt.

Die nächsten Arbeiten des Reichstags. Im November sollen neben kleineren Vorlagen hauptsächlich die einzubringenden Interpellationen, darunter als eine der ersten die über die Königsberger Kaiserrede, besprochen und die zweite Lesung der kleinen Strafprozeßnovelle auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die erste Etatslesung wird kaum vor dem 6. Dezember beginnen, da der Termin für die Einbringung des Etats beim Reichstage noch nicht genau feststeht. Da die Heeresvorlage diesmal eine längere Debatte entfesseln wird, so dürfte mit diesen Vorlagen die Zeit bis zu den Weihnachtsferien (16. Dezember) ausgefüllt werden. Der Seniorenkonvent wird den genauen Arbeitsplan in der nächsten Woche festlegen.

Gestaltung der Reicheinnahmen. Die Einnahme an Zöllen, Steuern und Gebühren hat im Reiche während der ersten sieben Monate des laufenden Rechnungsjahres, also von Anfang April bis Ende Oktober, 831 Millionen Mark betragen. Auf dieser Grundlage ist als Jahresergebnis der Betrag von 1424,4 Millionen Mark zu errechnen, während in den Etat für 1910 die Summe von 1441,5 Millionen Mark eingestellt ist. Die Einnahmen aus den Zöllen allein, die mit rund 632 Millionen veranschlagt sind, betragen für die ersten sieben Monate 359,7 Millionen, entsprechen also ungefähr dem Vorschlag. Von den indirekten Steuern schneidet der Grundstücksübertragungsstempel am besten ab; hier ist bereits der veranschlagte Jahresbetrag überschritten, während andererseits die Leucht-, Zündholz-, Branntwein- und Schachsteuer nicht entfernt die erhofften Summen bringen werden.

Gegen die Wertzuwachssteuer erklärte sich unter Führung des Zentrums das Kölner Stadtverordnetenkollegium. Die Stadtverordnetenversammlung erachtet die Gesetzesvorlage aus in der jetzt vorgeschlagenen Fassung für unannehmbar und richtet an den Bundesrat und den Reichstag die Bitte, dieses Gesetz nicht ohne weiteres in Kraft zu setzen. Die Mitglieder des Kölner Stadtrats sind bekanntlich an städtischen Terrainspekulationen stark interessiert. Das erklärt manches.

Noch ein liberales Wahlkompromiß. Die nationalliberale Partei und die fortschrittliche Volkspartei trafen für ganz Württemberg ein Abkommen für die nächsten Reichstagswahlen. Sämtliche Wahlkreise sollen zwischen beiden Parteien verteilt werden, und zwar sollen die Nationalliberalen in sieben, die Fortschrittliche Volkspartei in zehn Wahlkreisen Kandidaten aufstellen. Zurzeit haben die württembergischen Fortschrittler acht, die Nationalliberalen ein Mandat inne. Vor einigen Wochen noch haben die Nationalliberalen ihre Zustimmung zu einem Wahlbündnis davon abhängig gemacht, daß der Abg. Hausmann in der Agitation einen andern Ton gegen sie anschläge. Dieser Wunsch scheint nun erfüllt worden zu sein.

Alles blüht dem Allen. Die mecklenburgischen Junker scheinen in der Verfassungsfrage einen Sieg über die Regierung errungen zu haben. Der zu einer Art Vermittler gelangte mecklenburgische Landtag ist am Freitag in den Städtischen Rath wieder zusammengesetreten und bei dieser Gelegenheit hat die Regierung mitgeteilt, daß sie die Verfassungsfrage zwar wieder einbringen, aber nicht mehr an allen Einzelheiten festhalten werde. Die Regierung erklärte sich auch bereit, den Wünschen des Landtags möglichst entgegenzukommen, wenn es nur gelinge, die Vorlage baldigst zum Abschluß zu bringen. Danach kann man sich schon jetzt einen ungefähren Begriff davon machen, wie das Konstrukt aussehen wird, das künftig den stolzen Namen einer mecklenburgischen Verfassung tragen wird.

Dem Landtag ist ferner ein Entwurf zur Reform der bestehenden Steuerleggebung zugegangen, der eine progressive Einkommensteuer und eine Ergänzungssteuer vorieht. Außerdem sind Vorlagen eingegangen, die Gehaltserhöhungen für Beamte vorsehen.

Ein unzurechnungsfähiger Zentrums-Stadtoater. In der oberpfälzischen Stadt Neumarkt fand ein ultramontaner Gewerkschaftsmächtiger wegen Bedrohung mit einer gefährlichen

Den Jahren 1877 mit Bismarck über seinen Eintritt in das Ministerium pflog, bedeuteten nichts anderes als einen Versuch, zum parlamentarischen System überzugehen. Freilich: die heutige nationalliberale Partei hat auf diese Versuche längst verzichtet, heute ist sie nichts anderes, als eine Partei des Fortwärtstums. Prinzipielle Politik mit irgendeinem Ziel, ja auch nur einer Idee, ist ihr unbekannt. Man konnte daher das Schweigen der nationalliberalen Presse in dem Sinne deuten, daß man sich den Vorwurf, den Parlamentarismus anzustreben, recht gern gefallen lasse, fernermal mit diesem liberalen Prunkmantel sich sehr gut die Schamhaftigkeit der heutigen nationalliberalen Partei bedecken lasse.

Aber weit gefehlt. Jetzt, drei Wochen nach der Anklamer Rede, bricht das offizielle Organ der Partei, die Nationalliberale Korrespondenz, plötzlich los:

Wir bedauern diese Entgleisung um so mehr, als dem Grafen Schwerin-Ludwig bisher auch das Vertrauen der nationalliberalen Partei gehörte. Es ist ein Mißbrauch dieses Vertrauens, wenn Graf Schwerin sich gegenüber dieser Partei zu Anschuldigungen bereithalten läßt, deren völlige Sachlosigkeit er schon bei der Anwendung eines nur geringen Maßes von Sorgfalt selbst erkannt haben würde. Wo in aller Welt und wann hat die nationalliberale Partei an Stelle des konstitutionellen das parlamentarische Regierungssystem gefordert? Graf Schwerin wird es seinem eigenen Ansehen schuldig sein, für diese Behauptung, die mit der Wahrheit in schroffem Widerspruch steht, auch den Nachweis zu führen.

Von der Geschichte seiner Partei scheint der brave Redakteur der Nationalliberalen Korrespondenz wenig Kenntnis zu besitzen, um so mehr aber von dem wirklichen Charakter der heutigen Partei. Indem das offizielle Organ der Partei es als eine himmelschreiende Beleidigung der Nationalliberalen bezeichnet, was ihr einstiger Ruhmestitel war, so erkennt er selber an, daß die Nationalliberalen von heute mit denen von früher nur noch den Namen gemein haben. Man begreift daher das Entsetzen, das die nationalliberale Tagespresse ob dieser ungeschickten Offenheit des offiziellen Parteiorgans erfährt hat. Das Leipziger Tageblatt donnert anderthalb Spalten über die „erschreckende Unkenntnis der Parteigeschichte“, die „seltsamen Entgleisungen der Korrespondenz-Redaktion“, die „nicht im entferntesten ihren Aufgaben gewachsen ist“. Die Kreuzzeitung dagegen reißt sich vergnügt die Hände und glaubt als Beweis dafür, daß auch heute noch die Nationalliberalen die Parlements herrschaft anstreben, sich auf die Haltung des Herrn Junck, des Abgeordneten von Leipzig, berufen zu können. Da müssen wir nun freilich Herrn Junck in Schutz nehmen. Was er in der Geschäftsordnungsdebatte tat, die im Anschluß an die Novemberdebatten des Jahres 1908 eingeleitet wurde, das war erste nationalliberale Schaumjägererei, und die Kreuzzeitung ist es ja gewesen, die uns damals verriet, daß die liberalen Abgeordneten Junck und Müller-Meingens heimlich zu Herrn Bülow schlüpfen, um sich bei ihm Rat zu holen, wie weit man mit der Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags gehen dürfe, ohne dem Herrn Reichskanzler zu mißfallen. Herr Junck hat sich denn auch genau nach den Wünschen des Herrn Bülow gerichtet. Das Auftreten Juncks in der Kommission stand also in voller Uebereinstimmung mit der Haltung der Nationalliberalen Korrespondenz. Wir glauben Herrn Junck gut zu kennen und wir zweifeln keinen Augenblick, daß er die Behauptung, er habe damals das parlamentarische Regime angestrebt, als eine grobe Beleidigung und nichtswürdige Verdächtigung seiner staatsverhaltenden Gesinnung zurückweisen würde.

Aber als Beitrag für die Wandlung der nationalliberalen Partei ist die Raibalgerei nicht übel.

Deutsches Reich.

Enttäuschte Bündler.

„Wir haben die Hoffnung in das Vertrauen der Reichsregierung verloren“ — so klagt mit schmerzfüllter Miene der Oberste der Brot- und Fleischwucherer in der Deutschen Tageszeitung. Die Tatsache, daß jetzt sogar Sachsen, das erzkonservative Sachsen, dessen stöckkonservative Regierung noch jederzeit mit den Bündlern durch dick und dünn ging, nun ebenfalls unter dem Druck der öffentlichen Meinung im Bundesrat Anträge auf Gestattung einer kontingentierten Vieheinfuhr stellen will, hat die letzten Hoffnungen des Bündlerblattes niedergeschlagen, und verzärtelt nimmt es nun seine Zuflucht zu unerhüllten Drohungen:

Aus allen Teilen des Reiches sind uns in den letzten Tagen Zuschriften zugegangen, in denen lebhaft über die durchaus nicht erwartete und nicht zu erwartende Durchbrechung des Schweinschuzes geklagt wird. Die Reichsregierung möge sich darüber nicht täuschen, daß der Mangel an Festigkeit, den sie in dieser Beziehung befunden hat, ein tiefes Mißtrauen weckt, das schwer zu beseitigen sein wird. Die Landwirte leiden ohnehin in vielen Gegenden unter der Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche. Sie hätten gerade jetzt sicher erwartet, daß die Regierung nicht die Hand dazu bieten würde, den unbedingt notwendigen Schutz gegen die Auslandsseuchen zu durchbrechen.

Es wäre in der Tat eine ganz neue Erscheinung, daß ein preußischer Minister das Volksinteresse dem Junkerinteresse vorangestellt hätte.

Inzwischen mehren sich die Stimmen lawinenartig, die ein entschiedenes Vorgehen der Regierung gegen die Fleischnot fordern. Die Zentralfelle des Deutschen Städtetages betont in der jetzt im Druck vorliegenden Eingabe an den Reichskanzler, daß die wiederholten Vorstellungen der Stadtverwaltungen in der Frage der Fleischnot bisher völlig unberücksichtigt geblieben sind, und stellt ferner fest, daß im Laufe des letzten Sommers die Rind- und Kalbfleischpreise weiter und geradezu sprunghaft gestiegen sind. Auch habe das Steigen der Preise neuerdings auf die seit 1905 bereits übermäßig hohen Schweinefleischpreise übergegriffen. Der Grund hierfür wird ebenso wie in Regierungskreisen in dem bedenklichen Rückgang des Viehkauftriebes gesehen. Auf ein Zurückgehen der überhöhen Preise sei ohne besondere Maßregeln nicht zu rechnen. Es wird dann die Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh und von Fleisch aus dem Auslande gefordert. Ferner wird darauf hingewiesen, daß bei einer Dämpfung der Grenzen in einer Reihe von Staaten eine vermehrte Viehzucht einzusetzen würde. Erleichterungen der Einfuhr von frischem oder gefrorenem Fleisch seien möglich, ohne Aenderung der Reichsgesetzgebung. Zum Schluß heißt es: „Wir bitten im Interesse der so viele Millionen umfassenden Bevölkerung dringend, die vorgeschlagenen Maßnahmen auf das schleunigste zu ergreifen.“

Auch der deutsch-argentinische Zentralverband zur Förderung wirtschaftlicher Interessen hat an den Reichstag eine Eingabe um Zulassung der Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches nach Deutschland gerichtet. Auf der Tagung des Bundes der Viehhändler Deutschlands teilte der Vorsitzende mit, daß der Bund, der bisher die Grenzsperrung vertrat, seine Anschauung revidiert habe und unter den derzeitigen Verhältnissen für die Dämpfung der Landesgrenzen eintrete, da die inländische Viehproduktion nicht mehr ausreichend erzeuge.

Auf Antrag der Sozialdemokraten in Magdeburg hat der dortige Bürgermeister um die Genehmigung der Fleischfuhr aus dem Auslande nachgehakt. Die Erlaubnis zur Einfuhr französischer Rinder und Schweine ist von der heftigen Regierung daraufhin sofort erteilt worden.

Dreist und gottesfürchtig.

Unseren Lesern ist das Charakterbild des Herrn Dr. Fritz Stephan Neumann, dieser prächtigen Blüte am Baume der deutschen liberalen Journalistik, zur Genüge bekannt, es wäre deshalb ein höchst nutzloses Beginnen, wenn wir uns mit diesem Herrn mehr beschäftigen wollten, als dies die Umstände notgedrungenenerweise erfordern. Der Redakteur der parteiamtlichen nationalliberalen Korrespondenz und frühere junge Mann des Herrn Kipperl von der Täglichen Rundschau sorgt aber durch seine Taten selbst dafür, daß wir uns der gewiß nicht angenehmen Pflicht nicht entziehen können, seiner Person nochmals einige Aufmerksamkeit zu widmen. Bekanntlich hatte kürzlich der Genosse, Reichstagsabgeordneter Eichhorn, den Versuch gemacht, Einblick in das von der Nationalliberalen Korrespondenz veröffentlichte „Material“ über die angebliche Mißwirtschaft in den „sozialdemokratischen“ Krankentassen zu erhalten, einen Versuch, den die Zeitung der erwähnten Korrespondenz unter Vorschiebung fauler Ausreden vereitelte. Darauf richtete der Vorsitzende der Zentrale für das deutsche Krankentassenwesen, gewiß die besten Person hierzu, das folgende Schreiben an die Nationalliberale Korrespondenz:

An die Redaktion der Nationalliberalen Korrespondenz.
Berlin W. 9.

In der Nummer vom 4. d. M. bringen Sie in Ihrer geschätzten Zeitung eine Notiz über sozialdemokratische Ortskrankentassen und bemerken dabei, daß Ihr diesbezügliches Material jedermann zur Einsicht frei steht, sofern er ein Interesse daran hat und einen vertrauensverwekenden Eindruck macht. Ich gestatte mir nun die ergebene Anfrage, ob und wann es mir gestattet ist, in dieses Material Einsicht zu nehmen.

Für Ihre Freundlichkeit im voraus verbindlichst dankend, gestatte ich mir ein freitwert mit der Bitte um baldgefällige Antwort ergebenst beizufügen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Zentrale für das deutsche Krankentassenwesen,
Eggeluser 15, Berlin.
gez. E. S. L. Manowski, Vorsitzender.

Hierauf erfolgte am 11. November 1910 folgende Antwort:

Berlin W. 9., den 10. November 1910.
Schellingstraße 9.

Nationalliberale Korrespondenz.
An die Zentrale für das deutsche Krankentassenwesen,
zu Händen des Vorsitzenden, Herrn E. S. L. Manowski,
SO. 16., Eggeluser 15.

Auf Ihr gest. Schreiben vom 9. d. M. erwidere ich ergebenst, daß ich bedaure, Ihnen die erbetene Einsicht in das von der Nationalliberalen Korrespondenz veröffentlichte Material über die sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Ortskrankentassen nicht gewähren zu können. Ich bemerke dabei, daß Ihnen bei der Bezugnahme auf die Nummerung in Nr. 235 der Nationalliberalen Korrespondenz insofern ein Irrtum unterlaufen ist, als wir für die Einsichtnahme nicht nur die Bedingung eines vertrauensvollen Eindruckes, sondern auch die weitere Bedingung aufgestellt haben, es müsse Gewähr dafür gegeben sein, daß die auf diese Weise erlangte Kenntnis der Namen und Orte nicht

Die nächsten Arbeiten des Reichstags. Im November sollen neben kleineren Vorlagen hauptsächlich die einzubringenden Interpellationen, darunter als eine der ersten die über die Königsberger Kaiserrede, besprochen und die zweite Lesung der kleinen Strafprozeßnovelle auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die erste Etatslesung wird kaum vor dem 6. Dezember beginnen, da der Termin für die Einbringung des Etats beim Reichstage noch nicht genau feststeht. Da die Heeresvorlage diesmal eine längere Debatte entfesseln wird, so dürfte mit diesen Vorlagen die Zeit bis zu den Weihnachtsferien (16. Dezember) ausgefüllt werden. Der Seniorenkongress wird den genauen Arbeitsplan in der nächsten Woche festlegen.

Gestaltung der Reichseinnahmen. Die Einnahme an Zöllen, Steuern und Gebühren hat im Reich während der ersten sieben Monate des laufenden Rechnungsjahres, also von Anfang April bis Ende Oktober, 831 Millionen Mark betragen. Auf dieser Grundlage ist als Jahresergebnis der Betrag von 1424,4 Millionen Mark zu errechnen, während in den Etat für 1910 die Summe von 1441,5 Millionen Mark eingestellt ist. Die Einnahmen aus den Zöllen allein, die mit rund 632 Millionen veranschlagt sind, betragen für die ersten sieben Monate 359,7 Millionen, entsprechen also ungefähr dem Vorschlag. Von den indirekten Steuern schneidet der Grundstücksübertragungstempel am besten ab; hier ist bereits der veranschlagte Jahresbetrag überschritten, während andererseits die Leuchtmittel, Zündholz-, Branntwein- und Schachsteuer nicht entfernt die erhofften Summen bringen werden.

Gegen die Wertzuwachssteuer erklärte sich unter Führung des Zentrums das Kölner Stadtverordnetenkollegium. Die Stadtverordnetenversammlung erachtet die Gesetzesvorlage auf in der jetzt vorgeschlagenen Fassung für unannehmbar und richtet an den Bundesrat und den Reichstag die Bitte, dieser Gesetz nicht ohne erneute eingehende Prüfung zu verabschieden.

Die Führer des Kölner Rathauszentrums sind besonders an städtischen Terrainspekulationen stark interessiert. Das erklärt manches.

Noch ein liberales Wahlkompromiß. Die nationalliberale Partei und die fortschrittliche Volkspartei trafen für ganz Württemberg ein Abkommen für die nächsten Reichstagswahlen. Sämtliche Wahlkreise sollen zwischen beiden Parteien verteilt werden, und zwar sollen die Nationalliberalen in sieben, die fortschrittliche Volkspartei in zehn Wahlkreisen Kandidaten aufstellen. Zurzeit haben die württembergischen Fortschrittler acht, die Nationalliberalen ein Mandat inne. Vor einigen Wochen noch haben die Nationalliberalen ihre Zustimmung zu einem Wahlbündnis davon abhängig gemacht, daß der Abg. Hausmann in der Agitation einen andern Ton gegen sie anschläge. Dieser Wunsch scheint nun erfüllt worden zu sein.

Alles blüht im Osten. Die mecklenburgischen Junker scheinen in der Verfassungsfrage einen Sieg über die Regierung errungen zu haben. Der zu einer Art Vertiktheit gelangte mecklenburgische Landtag ist am Freitag in dem Städtchen Malchin wieder zusammengetreten und bei dieser Gelegenheit hat die Regierung mitgeteilt, daß sie die Verfassungsvorlage zwar wieder einbringen, aber nicht mehr an allen Einzelheiten festhalten werde. Die Regierung erklärte sich auch bereit, den Wünschen des Landtags möglichst entgegenzukommen wenn es nur gelinge, die Vorlage baldigst zum Abschluß zu bringen. Danach kann man sich schon jetzt einen ungefähren Begriff davon machen, wie das Monstrum aussehen wird, das künftig den stolzen Namen einer mecklenburgischen Verfassung tragen wird.

Dem Landtag ist ferner ein Entwurf zur Reform der bestehenden Steuergesetzgebung zugegangen, der eine progressive Einkommensteuer und eine Ergänzungsteuer vorsieht. Außerdem sind Vorlagen eingegangen, die Gehalts erhöhungen für Beamte vorsehen.

Ein unzurechnungsfähiger Zentrums-Stadtvater. In der oberpfälzischen Stadt Neumarkt stand ein ultramontaner Gemeindebevollmächtigter wegen Bedrohung mit einer gefährlichen Waffe vor Gericht, weil er im Wahnloshotel auf einen Reisenden, mit dem er in eine Meinungsverschiedenheit geraten war, mit gestücktem „Griffstein“ eingedrungen war. Vor Gericht ließ er sich durch einen ärztlichen Sachverständigen das Zeugnis ausstellen, daß er, sobald er erregt wird, in einen Zustand der Unzurechnungsfähigkeit gerät, in dem er für seine Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden kann. Das Gericht sprach ihn auf Grund dieses Gutachtens frei. Seinen Posten in der Gemeindevertretung behält er aber trotz seiner Unzurechnungsfähigkeit bei, denn zur Vertretung der Zentrumspolitik ist Zurechnungsfähigkeit nicht nötig. Die beste Zentrumspolitik wird sogar im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit gemacht.

Kleine politische Nachrichten. Zwischen türkischen Truppen und bulgarischen Kurden kam es im Bezirk von Kasova zu blutigen Kämpfen, wobei die Kurden 50 Tote und 30 Gefangene hatten. — Die japanische Regierung hat einer Londoner Firma den Bau eines Dreadnought von über 27000 Tonnen übertragen. — Geheimagenten der Vereinigten Staaten wollen in Texas eine Verschwörung gegen den Präsidenten und die Regierung von Mexiko entdeckt haben. — Der Reichsduma ist heute eine Vorlage über die Umbildung der Haupttagarverwaltung in ein Ackerbauministerium unterbreitet worden. — Die Manichurei ist für choleragefährlich erklärt worden. Für die Dauer der Epidemie werden chinesische Arbeiter in das Küstengebiet nicht zugelassen.

Oesterreich-Ungarn.

Ein sozialdemokratischer Wahltag.

Graz, 17. November. Bei der gestrigen Gemeinderatswahl errangen unsere Genossen im dritten Wahlkörper trotz des beschränkten Wahlrechts einen glänzenden Erfolg. Es wurden